

Unsere Delegation hat das Projekt der Politischen Deklaration und das Kommuniqué studiert und erwogen. Wir haben dazu unsere Anmerkungen vorgetragen und akzeptieren die Dokumente.

Vors. Woiciech J a r u z e l s k i : Wir danken Genossen Kadar für seine Worte. Jetzt spricht der Vorsitzende der Delegation der Sozialistischen Republik Rumänien, Genosse Nicolae Ceausescu.

Nicolae C e a u s e s c u :

Verehrte Genossen! Diese Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages nimmt eine Analyse der komplexen Probleme der Lage in Europa und im internationalen Leben vor und soll weitere Aktionen unserer Länder festlegen, die auf die Verhinderung der Verschlechterung der internationalen Lage orientiert werden, auf den Übergang zur Abrüstung, insbesondere zur atomaren Abrüstung, zur Sicherung des Friedens auf der Welt.

Seit der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ist es im internationalen Leben zu schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignissen gekommen, die zu einer Verschlechterung der internationalen Lage führten und die Gefahr militärischer Zusammenstöße und Kriege, einschließlich eines atomaren Weltkrieges, erhöht haben.

In diesem Zeitraum sind große Änderungen des Kräfteverhältnisses auch in der internationalen Arena eingetreten. Die Widersprüche zwischen verschiedenen Staaten und Staatengruppen, zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus haben sich verstärkt. Stark entwickelt sich auch der neue Widerspruch zwischen den armen und den reichen Ländern. Dieser Widerspruch wird zum stärksten Widerspruch in der gegenwärtigen Welt.

Wir waren Zeugen einer ganzen Reihe von Aktionen, wo Gewalt angedroht oder angewandt wurde im Zusammenhang mit der Neueinteilung von Einflußspären. Einige Konflikte sind stärker geworden, und neue sind aufgetreten.

Auch das fieberhafte Wettrüsten stellte sich wieder ein, und dadurch erhöhte sich die Kriegsgefahr. Zugleich vertiefte sich auch die Weltwirtschaftskrise, die die ganze Welt erfaßte und in der einen oder anderen Form auch in den sozialistischen Ländern zum Tragen kommt.

Wir müssen sagen, daß in Rumänien die Weltwirtschaftskrise sehr stark zu spüren ist, weil wir gezwungen sind, für konvertible Währungen jährlich etwa 15 Millionen Tonnen Erdöl und weitere Rohstoffe einzuführen. Die Weltwirtschaftskrise wird noch verstärkt durch die Politik hoher Zinssätze, die von den entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere den USA, betrieben wird.

99

Dies führte zu einer sehr starken Verschlechterung der Lage der Entwicklungsländer, deren Verschuldung mehr als 600 Milliarden Dollar erreichte.

Die Verschlechterung der Weltlage und der Weltwirtschaftskrise führte auch zur Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Krise der kapitalistischen Welt. Es ist bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen 30 Millionen schon überschritten hat, wobei es an die 12 Millionen in den USA sind und in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft mehr als 10 Millionen. Es wird immer offensichtlicher, daß die Verschlechterung der internationalen Lage und der Weltwirtschaftskrise in erster Linie durch die gewaltigen Militärausgaben bestimmt werden, die in diesem Jahr 600 Milliarden Dollar überschritten haben. Die gewaltigen Militärausgaben sind für alle Staaten eine große Last, sogar für die reicheren. Die wissenschaftliche materialistisch-dialektische und historische Analyse zeigt, daß zwei völlig widersprüchliche politische Richtungen weltweit aufeinanderstoßen: die imperialistische Politik der Gewalt, des Diktats, der Rüstung und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Politik der fortschrittlichen anti-imperialistischen Kräfte und der Volksmassen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die imperialistische und neokolonialistische Politik, für die Einstellung des fieberhaften Wett-

rüstens, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und für den Frieden aussprechen.

Eine Grundcharakteristik ist die neue Friedensbewegung der Völker, die ein Ausmaß angenommen hat wie nie zuvor und reale Perspektiven für die Einstellung der Politik eröffnet, die zu einer Katastrophe und zur Bedrohung des Friedens führt.

Die Analyse des gegenwärtigen Standes zeigt uns, daß ein solches Stadium der Aufrüstung erreicht, eine solch gewaltige Menge von Waffen aller Typen angehäuft wurde, insbesondere von Atomwaffen, daß sie die Existenz der Zivilisation, ja das Leben unseres Planeten bedrohen.

Das Grundproblem unserer Zeit ist deshalb die Abwendung des Krieges und die Sicherung des Friedens. Das Leben und die Ereignisse vermitteln überzeugend, daß in der Welt die Gefahr von Kriegen und Konflikten überdauert, einschließlich der Gefahr eines Weltkrieges, eines Atomkrieges. Zugleich zeigen uns die Ereignisse, daß es weltweit Kräfte gibt, die fähig sind, den Kurs der internationalen Politik zu ändern, die zur Katastrophe und zur Vernichtung führende Politik zum Stillstand zu bringen und den Frieden zu sichern. Es ist weit mehr denn je notwendig, eine breite Zusammenarbeit aller realistischen antiimperialistischen Kräfte der Völker herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang haben die sozialistischen Länder eine große Verantwortung gegenüber ihren Völkern, gegenüber der Sache des Sozialismus. Sie haben die Verantwortung, sich mit allen ihren Kräften für die Unterbrechung des fieberhaften Wett-rüstens und für die Festigung des Friedens für alle Völker einzusetzen. Wir müssen alles tun für die Verteidigung des Grund-rechtes der Menschen und der Völker, des Rechtes auf Freiheit und Unabhängigkeit, auf Leben und Frieden. Solange es nicht zu spät ist, solange noch nicht die ersten Atombomben fallen, müssen wir Anstrengungen entfalten zur Abwendung der Gefahr eines atomaren Krieges. Der Frieden kann nicht durch Anhäufung neuer Waffen, insbesondere Atomwaffen, gewährleistet werden. Die komplexen Fragen des internationalen Lebens können nicht durch eine Steigerung der Rüstung gelöst werden, sie können nicht gelöst werden auf militärischem Wege, sondern einzig und allein durch politischen Kampf, durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, durch eine Politik, die die Interessen der breiten Volksmassen berücksichtigen wird. Jede Orientierung auf Rüstung kann nur die weitere Entwicklung untergraben.

Kr./Schu

Das Leben zeigt: Je mehr Waffen angehäuft werden, je mehr Kernwaffen vorhanden sind, umso mehr steigt die Drohung eines atomaren Weltkrieges an.

Es ist wahr, daß die USA und die anderen NATO-Staaten eine Politik der militärischen Überlegenheit und Erpressung betreiben, Mittelstreckenraketen in Europa stationieren wollen und Vernichtungswaffen entwickeln. Aber die sozialistischen Staaten, die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages dürfen sich nicht dazu zwingen lassen, diesen Weg einzuschlagen, der zur Vernichtung der Menschheit, zur Zerstörung der Zivilisation führt. Es ist erforderlich, mit aller Kraft vorzugehen und die Politik der Aufrüstung zu entlarven, die von den USA und den weiteren NATO-Ländern realisiert wird. Wir müssen diese Politik abwenden und eine Politik durchsetzen, die im Interesse der Völker, der Abrüstung und des Friedens liegt.

Zweifellos müssen wir ununterbrochen darauf achten, daß die Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Länder gewährleistet wird und auch das Gleichgewicht der Kräfte erhalten bleibt. Dieses Gleichgewicht darf nicht erhöht werden durch eine Intensivierung des Wettrüstens, durch das Anhäufen weiterer Waffen, einschließlich Kernwaffen, sondern das Gleichgewicht soll gesichert werden durch die Senkung der Zahl der Kernwaffen auf ein Mindestmaß, und zwar unter sehr strenger internationaler Kontrolle.

Es liegt im Interesse unserer Länder, im Interesse des Sozialismus und des Friedens, mit aller Entschiedenheit um Abrüstung zu kämpfen und unter keinem Vorwand eine Erhöhung der militärischen Ausgaben zuzulassen. Wir dürfen für keinen Augenblick vergessen, daß die Kraft unserer Länder in erster Linie durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, durch die Erhöhung des Lebensstandards unserer Völker sowie durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus gewährleistet wird.

In diesem Geist spricht sich Rumänien mit aller Entschiedenheit dafür aus, dem fieberhaften Wettrüsten Einhalt zu gebieten und zur Abrüstung, vor allem zur atomaren Abrüstung, überzugehen.

Auf der kürzlich durchgeführten gesamtstaatlichen Konferenz unserer Partei haben wir den Entschluß gefaßt, daß wir die militärischen Ausgaben bis zum Jahre 1985 nicht mehr erhöhen werden, d.h., daß wir sie nicht höher als im Jahre 1982 anlegen werden. Wir vertreten die Meinung, daß dieses Niveau ausreicht, um unsere Verteidigungskraft zu stärken.

Auf der Sondertagung der Organisation der Vereinten Nationen über Abrüstung hat unser Land im vorigen Jahr eine Reihe von Vorschlägen für die Abrüstung und die Sicherung des Friedens vorgelegt. Wichtige Vorschläge sind dort auch von den anderen sozialistischen Ländern und von anderen Staaten unterbreitet worden. Deshalb sehen wir es als wichtig an,

104

daß alle Vorschläge im Genfer Abrüstungsausschuß berücksichtigt werden für die Ausarbeitung eines konkreten Programms für die allgemeine Abrüstung, insbesondere die atomare Abrüstung.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Einstellung des fieberhaften Wettrüstens und der Verwirklichung der Abrüstung spielen natürlich die USA und die Sowjetunion, die die größte Zahl von Waffen, auch von Atomwaffen, besitzen. Wir haben die Vorschläge der Sowjetunion, die die Abrüstung betreffen, begrüßt und unterstützen sie.

Große Bedeutung messen wir den Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Fragen der strategischen Waffen und der Kernwaffen, d.h. der Mittelstreckenraketen, bei. Die Erreichung von entsprechenden Vereinbarungen in diesen Verhandlungen wäre von großer Bedeutung für die Einstellung des fieberhaften Wettrüstens, für die Abrüstung und für den Frieden. Deshalb meinen wir, daß wir diese Verhandlungen aktiv unterstützen müssen, indem wir alles dazu tun, damit sie zu konkreten positiven Ergebnissen führen.

Im Hinblick auf die ernste internationale Lage halten wir es für notwendig, daß die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses konkrete Richtlinien festlegt und Maßnahmen trifft für die Stärkung des Kampfes um die Abrüstung, die Verteidigung des Friedens. In diesem Sinne meinen wir, daß

es besonders wichtig wäre, praktische und entscheidende Aktivitäten zu entwickeln, orientiert auf die Auflösung beider militärischer Blöcke, des Warschauer Vertrages und der NATO. Zur Verwirklichung dieses Zieles muß man konkrete Maßnahmen festlegen für die ständige Senkung des militärischen Charakters dieser beiden Blöcke und für die Begrenzung der Sphäre ihrer Tätigkeit.

Eine große Bedeutung hat die Senkung der militärischen Ausgaben der NATO und des Warschauer Vertrages sowie die Billigung der Entscheidung für das Einfrieren der militärischen Ausgaben auf dem Niveau des Jahres 1983 sowie der Übergang zur Senkung der militärischen Ausgaben um mindestens 20 % bis zum Jahre 1985.

Wenn wir diese Vorschläge unterbreiten, dann gehen wir davon aus, daß die militärischen Ausgaben der Länder dieser beiden militärischen Blöcke mehr als 80 % aller militärischen Ausgaben in der Welt betragen. Die Senkung der militärischen Ausgaben dieser Staaten wäre entscheidend für den Übergang zur Abrüstung, für den Stopp des fieberhaften Wettrüstens.

Gleichzeitig halten wir es für notwendig, daß die direkten Verhandlungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO über die Abrüstung und die Abwendung der Gefahr des Krieges begonnen werden. In diesem Sinne möchten wir vorschlagen, einen Brief an die Länder der NATO zu adressieren mit dem Vorschlag, daß diese Verhandlungen im Jahre 1983 eröffnet werden.

Wir sind für die Verwirklichung des Vertrages zwischen den Teilnehmerstaaten beider militärischer Blöcke.

Für die Wiederherstellung der Politik der Entspannung und für die Beseitigung der Gefahr des Krieges messen wir eine große Bedeutung bei dem Rückzug der Truppen beider militärischer Blöcke aus den Territorien anderer Staaten, der Auflösung der militärischen Basen auf den Territorien anderer Staaten, der Übernahme einer feierlichen Verpflichtung, keine Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten zu stationieren, die auf Atomwaffen verzichten, sowie Garantien, daß keinesfalls ähnliche Waffen gegen sie angewandt werden.

Es ist ebenfalls notwendig, auf große militärische Manöver zu verzichten, die demonstrativ an der Grenze anderer Staaten durchgeführt werden.

Gleichzeitig mit der Senkung der militärischen Ausgaben ist es notwendig, mit der Senkung der Aufrüstung und der Anzahl der Truppen beider militärischer Blöcke zu beginnen.

In diesem Rahmen ist Rumänien der Meinung, daß es notwendig ist, den maximalen Termin von zwei Jahren für die Beendigung der Wiener Verhandlungen über die Senkung der Waffen und Truppen in Mitteleuropa festzulegen. Nach unserer Meinung sollte man damit rechnen, daß der zahlenmäßige Stand um 30 000 bis 40 000 und der Ausrüstungen um 20 000 bis 30 000 bei den Teilnehmerstaaten der NATO gesenkt wird.